

SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz ■ Postfach 3006 ■ 55020 Mainz

Eine Schule für Alle
Kirchenstr. 17
55095 Hüffelsheim

Datum 12.01.2021

Ansprechpartner Nathalie Eghbalizadeh

Telefonnummer (06131) 208 32 13

E-Mail Nathalie.Eghbalizadeh@spd.landtag.rlp.de

Unser Zeichen NE094/mlp

Haushalt 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter uns liegt ein besonderes Jahr, welches ganz anders war als wir es uns vorgestellt haben und uns oftmals gefordert hat. Insbesondere unsere Bildungseinrichtungen standen aufgrund der Corona-Pandemie vor einigen Herausforderungen. In kürzester Zeit mussten sich Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler und auch unsere ganz Kleinsten auf eine neue Situation einstellen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen und Ihnen für Ihr tatkräftiges und flexibles Engagement ganz herzlich danken. Ohne Ihre hervorragende Arbeit, Ihr dynamisches und schnelles Handeln vor Ort hätte vieles nicht funktioniert. Die letzten Monate haben allen viel abverlangt, aber ein Ende ist mit Blick auf den Impfstoff in Sicht. Wir können nur aus den Erfahrungen der letzten Monate lernen und die Weichen für die Zukunft stellen, auch abseits von Corona.

Am 15. Dezember 2020 hat die SPD-geführte Regierungskoalition von Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2021 beschlossen. Der Landeshaushalt 2021 ist ein Zukunftspaket für Rheinland-Pfalz. Rund ein Viertel des Landeshaushalts fließt in den Bildungsbereich: Die Bildungsinvestitionen steigen im kommenden Jahr um 700 Millionen Euro auf über 5,5 Milliarden Euro an. Mit den beschlossenen Änderungsanträgen im Bereich Bildung hat die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit den

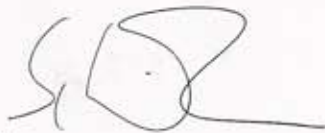
Koalitionspartnerinnen und -partnern von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch wichtige Impulse und Akzente setzen können. Zu Ihrer Information und gerne auch zur Weitergabe dürfen wir Ihnen daher den entsprechenden Begleitantrag der Regierungskoalition übersenden, in dem die Änderungen festgeschrieben sind.

Wir freuen uns, auch in den nächsten Jahren die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen fortsetzen zu können und wünschen Ihnen ein frohes neues Jahr mit viel Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Schweitzer, MdL
Fraktionsvorsitzender



Bettina Brück, MdL
Bildungspolitische Sprecherin

Antrag

(Entschließungsantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/13200

Bildungspolitische Maßnahmen in Zeiten der Corona-Pandemie: Recht auf Bildung und Gesundheitsschutz wahren – beste Rahmenbedingungen für starke Kitas und Schulen sicherstellen

I. Der Landtag stellt fest:

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaft vor besondere Herausforderungen gestellt und nachhaltig verändert, besonders im Bereich der Bildung. Im Zuge der Kita- und Schulschließungen im Frühjahr mussten sich Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und nicht zuletzt Kinder und Jugendliche in kürzester Zeit auf eine neue Situation einstellen, die niemand voraussehen konnte. Schülerinnen und Schüler mussten schnellstmöglich mit digitalen Mitteln ausgestattet werden, Hygienekonzepte und Gesundheitsmaßnahmen mussten vor Ort entworfen und umgesetzt werden und Lehrkräfte mussten unverzüglich auf Fernunterricht umstellen. Dank des tatkräftigen Einsatzes unserer Erzieherinnen, Erzieher, Lehrkräfte und Fachkräfte stand die Notbetreuung all jenen offen, die sie benötigten, was für viele Eltern eine enorme Entlastung darstellte. Die Landesregierung hat vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Bildungseinrichtungen so gut wie möglich in dieser herausfordernden Zeit zu unterstützen.

Wir befinden uns immer noch mitten in der Pandemie und benötigen flexible Maßnahmen, die immer wieder dem aktuellen Infektionsgeschehen angepasst werden können. Es gilt weiterhin, das Recht auf Bildung und den Infektionsschutz aller an Schule und Kita Beteiligten zu vereinen. Wichtig sind hierbei nicht nur gesundheitspolitische Schritte, sondern auch Investitionen in die digitale Bildung sowie Mittel und Wege, welche die Verschärfung sozialer Ungleichheiten reduzieren. Besonders der digitalen Bildung und der technischen Ausstattung von Schulen kamen in den letzten Monaten eine besondere Bedeutung zu. Diese Investitionen sind auch unabhängig von Corona Investitionen in die Zukunft. Lehren und Lernen hat sich verändert und muss in neuen Konzepten gedacht werden.

Alle an Schule und Kita Beteiligte sammeln derzeit etliche neue Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Pandemie. Diese Erkenntnisse müssen gesammelt und weitergedacht werden, um die Bildungseinrichtungen fortzuentwickeln und fit für die Zukunft zu machen. Die Pandemie hat erneut deutlich gezeigt: Bildungspolitische Konzepte können nur im Dialog mit allen Betroffenen gedacht und umgesetzt werden. Die Impulse der Schulleitungen, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sind enorm wichtig – ohne sie geht es nicht.

II. Der Landtag begrüßt,

- die flexible und bedachte Planung von Maßnahmen und Konzepten der Landesregierung, um die Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz während der Pandemie bestmöglich zu unterstützen;
- dass die Landesregierung diesen Dialog in den letzten Monaten besonders verstärkt hat und Maßnahmen immer wieder gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort abgestimmt hat. Insbesondere der Dialog mit den Gesundheitsexpertinnen- und -experten ist in dieser Zeit unerlässlich;

- die flexible und an den Bedarfen der Eltern ausgerichtete Notbetreuung während der flächendeckenden Kita- und Schulschließungen;
- die Aussetzung der Notenpflicht während der flächendeckenden Schulschließungen sowie auf Antrag die Versetzung aller Schülerinnen und Schüler in das nächste Schuljahr, um bestehende soziale Ungleichheiten während des Lockdowns nicht noch weiter zu verschärfen;
- die Mitfinanzierung von pandemiebedingt notwendigem Vertretungsbedarf in den Kitas;
- die gemeinsam mit dem Kita-Tag der Spitzen entwickelten Leitlinien zur Kindertagesbetreuung in Zeiten von Corona;
- die zahlreichen Maßnahmen der Landesregierung, um den Gesundheits- und Infektionsschutz in Schulen sicherzustellen, darunter das zur Verfügung stellen von Desinfektionsmittel zur Oberflächenreinigung und Alltagsmasken für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, das zusätzliche zur Verfügung stellen von 1,7 Millionen Reservemasken für Schulen und Busse, zwei zusätzliche Alltagsmasken für jede Lehrkraft und die Ausstattung mit Face Shields für Grundschullehrkräfte und pädagogisches Personal im Ganztags sowie 200.000 FFP2-Masken, auf die Lehrkräfte in Bedarfsfällen zurückgreifen können;
- dass die Teststrategie für Kitas, Grundschulen, Schulen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche und/oder motorische Entwicklung und Kindertagespflege angepasst wird und dort anlassbezogene Schnelltests auf das Corona-Virus zur Verfügung stehen;
- das Förderprogramm in Höhe von 6 Millionen Euro für mobile Lüftungsgeräte für Schulen zur Unterstützung der Kommunen;
- die zusätzlichen Mittel für die Schülerbeförderung zur Entzerrung des Schülerverkehrs;
- die zusätzlichen Mittel für die Ferienbetreuung und damit die Durchführung der erfolgreichen Herbst- und Sommerschule;
- den Ausbau des Vertretungspools auf 1.625 verbeamtete Lehrkräfte sowie die geplante Schaffung weiterer 100 neuer Stellen hierfür im Haushaltsplan 2021;
- dass im Haushaltsplan 2021 zusätzliche 378 Planstellen für Lehrkräfte vorgesehen sind, davon unter anderem 140 Stellen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und 40 weitere Feuerwehrlehrkräfte für die Grundschulen;
- dass im Nachtragshaushalt insgesamt 40 Millionen Euro für zusätzliche Vertretungsbedarfe im laufenden Schuljahr während der Corona-Pandemie bereitgestellt wurden und für diesen Zweck die Aufstockung des PES-Budgets um 8 Millionen Euro für die Schulen, um temporäre Vertretungsbedarfe abzudecken;
- der klare Fokus der Landesregierung auf Investitionen in die digitale Bildung und dass in den nächsten Jahren insgesamt mehr als 330 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel für die Digitalisierung der Schulen bereitstehen und damit die digitalen Rahmenbedingungen der Schulen erheblich verbessern;
- dass 12 digitale berufsbildende Lernzentren alle öffentlichen berufsbildenden Schulen darin unterstützen, sich unter Einbezug der Lehren aus der Corona-Krise digital immer weiter zu entwickeln;
- dass allein im Haushalt 2021 des Bildungsministeriums rund 20,3 Millionen Euro für die Digitalisierung an Schulen vorgesehen sind;
- dass Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sich auf Bundesebene dafür eingesetzt hat, die Antragsstellung im Rahmen des DigitalPakts Schule zu vereinfachen, damit die Gelder schnell an die Schulträger kommen;
- dass mit Mitteln des DigitalPakts II (Sofortausstattungsprogramm) und des Nachtragshaushalts insgesamt rund 70.000 digitale Endgeräte für Schülerinnen und

Schüler zur Verfügung gestellt, die Lehrkräfte im Rahmen des DigitalPakt IV mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden und Lehrkräfte, die im Distanzunterricht eingesetzt sind, bereits auf rund 3.000 Leihgeräte zurückgreifen können;

- dass alle Lehrkräfte eine dienstliche E-Mail-Adresse erhalten und den Schulen ein datenschutzkonformer Messengerdienst angeboten wird;
- die zahlreichen innovativen Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung;
- die bundesweit viel beachtete und mittlerweile in mehreren Bundesländern genutzte Handreichung „Lernen gestalten im Präsenz- und Fernunterricht“ des Pädagogischen Landesinstituts.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den intensiven Dialog mit den Verantwortlichen der Bildungseinrichtungen sowie Gesundheitsexpertinnen- und Experten fortzuführen.
- gemeinsam mit dem Kita-Tag der Spitzen unseren engagierten Fachkräften in den Kitas und den Trägern bei Bedarf unterstützende Handlungsempfehlungen zu geben.
- weiterhin finanzielle Mittel zur Mitfinanzierung von notwendigem Vertretungspersonal in den Kitas in Pandemie-Zeiten zur Verfügung zu stellen.
- die Schulen bei der Umsetzung und Implementierung digitaler Bildung weiterhin zu unterstützen.
- die Unterstützung von Ganztagschulen auszubauen, sodass zusätzliche Förder- und Lernangebote umgesetzt werden können.
- die Mittel für die Ferienbetreuung zu erhöhen, um Familien auch außerhalb der Schulzeit zu entlasten.
- die Verstetigung pädagogischer Lernangebote, wie bereits bei der diesjährigen Sommerschule.
- dass die Teststrategie für Kitas, Grundschulen, Schulen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche und/oder motorische Entwicklung und Kindertagespflege angepasst wird und dort anlassbezogene Schnelltests auf das Corona-Virus zur Verfügung stehen.
- im Kontext von Corona-Verdachtsfällen an Schulen die Möglichkeit des Einsatzes von Schnelltests zu erweitern.
- den Vertretungspool mit festen Planstellen weiter bedarfsgerecht auszubauen, um auch weiterhin pandemiebedingte Ausfälle auffangen zu können.
- weiterhin attraktive Fort- und Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte aller Schularten anzubieten.
- wie geplant alle Lehrkräfte sukzessive mit Tablets oder Laptops auszustatten.

Für die Fraktion der SPD:



Für die Fraktion der FDP:



Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:



Antrag

(Entschließungsantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/13200

Für eine starke, verlässliche, sozial gerechte und inklusive schulische Bildung in Rheinland-Pfalz

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Schulische Bildung ist ein Grundrecht und maßgeblich für die individuellen Lebenschancen. Sie ist die wichtigste Ressource, die wir unseren Kindern und Jugendlichen mitgeben können, denn sie fördert die soziale Integration und gibt unseren Kindern und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive. Wir wissen mittlerweile, dass schulische Bildung nicht nur maßgeblich für eine einträgliche Erwerbsarbeit ist, sondern dass Bildung und Gesundheit, Lebensglück und Partizipation miteinander korrelieren. Dementsprechend hat die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz einen sehr hohen Stellenwert. Davon zeugen die im Bundesdurchschnitt kleinsten Klassen an Grundschulen, die gute strukturelle Unterrichtsversorgung, die hohe Ausgabenpriorisierung im Landeshaushalt für Bildung sowie die Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz der Bildungserfolg weniger stark von der sozialen Herkunft abhängt als anderswo.

Damit unsere engagierten Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie alle anderen Kräfte an unseren Schulen auch weiterhin unseren Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Bildung mit auf den Weg geben können, müssen wir als Parlament die Rahmenbedingungen gemeinsam mit den Schulträgern entsprechend gestalten. Sei es bei der Gewinnung junger, gut ausgebildeter Lehrkräfte, beim Ausbau des Ganztagsangebots, bei der Inklusion oder bei der Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler.

II. Der Landtag begrüßt,

- die vorausschauende Personalplanung der Landesregierung und die Schaffung von 378 zusätzlichen Planstellen für Lehrkräfte mit dem Ziel, die Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern, den Vertretungspool auszubauen und weitere Feuerwehrlehrkräftestellen für die Grundschulen zu schaffen;
- die Investitionen in die digitale Bildung sowie die digitale Infrastruktur von der nicht nur die Schulen selbst, sondern auch die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte profitieren;
- den weiteren Ausbau des Ganztagsangebots an Schulen und damit einhergehend die Etablierung zusätzlicher Maßnahmen zur individuellen Förderung unserer Kinder und Jugendlichen;
- die Ausweitung der didaktischen Koordinatoren auf alle noch unversorgten Realschulen plus;
- die Investitionen in das Projekt S⁴ Schule stärken – Starke Schule zur Unterstützung von Schulen in besonders herausfordernden Lagen;
- den Abbau sozialer Benachteiligungen durch Intensivierung der Sprachförderung an unseren Schulen etwa im Kontext des Herkunftssprachenunterrichts oder der Deutsch-Intensivkurse sowie die Erhöhung der Lehrerwochenstunden für Sprachförderung in den

Grundschulen und der Sekundarstufe I;

- den weiteren bedarfsgerechten Ausbau des Netzes an Schwerpunktschulen und somit die Erweiterung des inklusiven Unterrichtsangebots;
- die Bedeutung der Schulsozialarbeit für Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten;
- die erstmaligen Zuweisungen und Zuschüsse für multiprofessionelle Kompetenzteams;
- die Aufwüchse im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitserziehung inklusive der Möglichkeit von schulischen Bildungsangeboten im Nationalpark Hunsrück-Hochwald sowie in den Zoos Landau und Neuwied;
- den Ausbau der Berufs- und Studienorientierung an den Schulen sowie die Etablierung spezieller Unterstützungsstrukturen für Jugendliche mit besonderen Bedarfen;
- den Aufwuchs der Mittel für die 1. Hilfe zur Ausbildung der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen;
- die Ausweitung der Schulpsychologie beim Pädagogischen Landesinstitut;
- die Unterstützung des Instituts für Lehrgesundheit zum Aufbau digitaler Beratungsangebote;
- die erweiterten Möglichkeiten der Gedenkstättenarbeit im Rahmen demokratischer Bildung;
- die Aufwüchse im Bereich der Ferienbetreuung und damit einhergehend die weitere Etablierung eines Angebots, das nicht nur Eltern entlastet, sondern Kindern und Jugendlichen auch in den Ferien Bildungschancen offeriert.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Personalversorgung an unseren Schulen durch kontinuierliche Einstellungskorridore weiter zu stärken und die Schüler-Lehrer-Relation weiter zu verbessern.
- den Vertretungspool mit festen Planstellen bedarfsgerecht weiter auszubauen und die Instrumente zur Vermeidung temporären Unterrichtsausfalls weiter zu entwickeln.
- die Etablierung multiprofessioneller Kompetenzteams zur Unterstützung der Schulgemeinschaft weiter voranzutreiben.
- die Schulsozialarbeit nicht nur an Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, zu fördern, sondern ein flächendeckendes Angebot an allen Schulen – insbesondere an Grundschulen und Gymnasien anzustreben.
- Schulleitungen und Lehrkräften zeitgemäße Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich der digitalen Bildung dauerhaft zur Verfügung zu stellen.
- sich weiterhin für eine Stärkung der beruflichen Bildung und der dualen Berufsausbildung einzusetzen.
- ein Mentoring-Programm für weibliche Führungskräfte im Schulbereich zu entwickeln und durchzuführen, um mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen.
- sicherzustellen, dass die digitalen Lehr- und Lernangebote inklusiv gestaltet sind.
- den Weg inklusiver Bildung von der Kita bis zur Hochschule konsequent weiter zu verfolgen und die entsprechenden Einrichtungen bei dieser wichtigen Aufgabe nachhaltig zu unterstützen.
- weiter ein für Eltern und Kinder attraktives inklusives Bildungsangebot anzubieten, um die Exklusionsquote zu verringern.
- dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Lehramtsausbildung alle

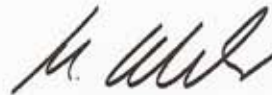
Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit einer inklusiven Pädagogik sowie zieldifferenziertem Unterrichten vertraut gemacht werden.

- mit der Schulbauförderung die Schulträger dabei zu unterstützen, dass die Schulen den Ansprüchen des Ganztags sowie der Inklusion gerecht werden und Lehrkräfte flexibler werden bei der Unterrichtsgestaltung.
- sich für nachhaltige und an ökologischen Standards orientierte Schulbauten einzusetzen, um so eine gesunde Lehr- und Lernumgebung zu schaffen, in der sich alle wohl fühlen.
- im Rahmen der Ferienbetreuung weiterhin ein Augenmerk auf benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu legen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, etwaige Defizite spielerisch auszugleichen.

Für die Fraktion der SPD:



Für die Fraktion der FDP:



Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

